

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 30

Aktive Bürger fördern: Beispiele vor Ort

Sankt Augustin, Juni 2001

Redaktionelle Betreuung: Dr. Michael Schmitz und Gisela Reuter/Heike Stengl

Inhalt

1. Neue Formen bürgerschaftlichen Engagements – Einführung
Michael Schmitz 5

2. Bürgerschaftliches Engagement durch öffentlichen Anstoß
 - Stadt Nürtingen 14
 - TAURIS – „Tätigkeiten und Aufgaben:
Regionale Initiative in Sachsen“ 18

3. Bürgerschaftliches Engagement aus privatem Impuls –
lokale und regionale Formen bürgerschaftlichen Engagements
 - KölnAgenda e.V. 22
 - Hessisches Mütterbüro Mütterzentrum Langen e.V. 25
 - KulturScheune Lange Wiese e.V., Haunetal/Wehrda 30
 - Die Nachbarschaftshilfe – deutsche und ausländische
Familien, München 33
 - Stadt Stiftung Gütersloh – erste Bürgerstiftung in Deutschland 37

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

4. Bundesweite Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements	
• Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher e.V., Berlin	41
• Treffpunkt Hilfsbereitschaft – Die Berliner Freiwilligenagentur	44
Die Autoren	47

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Michael Schmitz

1. Neue Formen bürgerschaftlichen Engagements – Einführung

Begriff und Bedeutung

Ehrenamtliches Engagement reicht vom „klassischen Ehrenamt“, wie es sich in Vereinen und Verbänden, in Kirchen und Gewerkschaften, Feuerwehren und Rettungsdiensten in großer Zahl findet, über Selbsthilfegruppen und amtloses Engagement bis zu kurzfristigem, ungebundenem Engagement. Gemeinsam ist all diesen Formen bürgerschaftlichen Engagements, dass sie im Wesentlichen unentgeltlich (bei Auslagererstattung), freiwillig, außerberuflich (außerhalb des eigenen sozialen und beruflichen Umfelds) und – überwiegend – gemeinwohlorientiert geleistet werden.

Bürgerschaftlich Tätige machen ein grundlegendes Gestaltungsprinzip des politischen Lebens, das Subsidiaritätsprinzip, zur Richtschnur ihres Engagements und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Das moderne politische Verständnis der Subsidiarität hat seine philosophischen Wurzeln in der Christlichen Soziallehre: *„Was der einzelne Mensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, darf ihm nicht abgenommen werden. ... Es ist die Wesensbestimmung jeder Gemeinschaftstätigkeit, den Gemeinschaftsmitgliedern Hilfe zu gewähren (subsidium afferre), niemals aber sie zu zerschlagen oder aufzusaugen.“*¹

Diesen Gedanken der subsidiären Beziehung von Staat und Bürger hat auch das Hamburger Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands von 1994 aufgegriffen und es auf das Verhältnis von größeren und kleineren Gemeinschaften eines Staates übertragen: *„Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben. Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zwischen kleineren und größeren Gemeinschaften sowie zwischen freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen.“*

¹ Vgl. Pius XI.: Sozialenzyklika „Quadragesimo Anno“, Vatikan 1931, Nr. 79.

Zur Verpflichtung des Staates und der Gemeinschaft gehört es, die subsidiäre Aufgabenwahrnehmung zu erleichtern und zu fördern.

Das Prinzip der Subsidiarität verlangt aber auch, dass die größeren Gemeinschaften, zuletzt auch die staatliche Ebene, tätig zu werden haben, wenn gesellschaftspolitische Erfordernisse die Leistungskraft der einzelnen oder der kleineren Gemeinschaften überfordern.²

Der Grundgedanke des Subsidiaritätsprinzips spiegelt sich in besonderer Weise im Ehrenamt wider: Eigenverantwortung übernehmen, statt auf die Hilfe des Staates vertrauen. Der Staat hat also erst dann einzugreifen, wenn der Einzelne oder das kleinere Gesellschaftsgebilde nicht mehr in der Lage ist, vor allem durch ehrenamtliches Engagement die Angelegenheiten selbst zu erledigen, die sie aus der Vertrautheit mit den Dingen besser zu beurteilen vermögen.

Subsidiarität in diesem Sinne bedeutet also dreierlei: 1. eigenverantwortliche **Verantwortungsübernahme**, die staatliche Bevormundung verhindert, 2. Entwicklung von **Handlungskompetenz**, die Selbstbewusstsein stärkt und zur Persönlichkeitsentfaltung verhilft, und 3. Vermittlung von sozialer und persönlicher **Geborgenheit**, die anonyme Versorgungsstrukturen des allzuständigen Sozialstaates verhindert und **Identifikation** mit der staatlichen Gemeinschaft ermöglicht. Deutlicher Gradmesser für die Gesundheit und Lebendigkeit eines Gemeinwesens sind Zahl und Vielfalt freiwilligen Bürgerengagements.

Potentiale und Problemgruppen bürgerschaftlichen Engagements

Allen Individualisierungstrends zum Trotz sind nach neueren Berichten etwa 22 Millionen Bürger in ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig³. Die Zahlen zeigen, dass das

² Freiheit und Verantwortung. Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Beschlossen vom 5. Parteitag, Hamburg, 20.-23. Februar 1994, Ziffer 16, S. 8. Der Subsidiaritätsgedanke hat bis heute nichts an Aktualität eingebüßt, wie zuletzt das Diskussionspapier „*Starke Bürger, Starker Staat*“ der CDU-Präsidiumscommission unter Leitung Christa Thobens vom 9. Oktober 2000 zeigt.

³ Vgl. Bernhard von Rosenblatt/Sibylle Picot (Infratest Burke Sozialforschung): Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Repräsentative Erhebung 1999, S. 3-7; ferner Daten und Fakten unter www.bmfsfj.de (Übersicht). Eine unter 2.500 nordrhein-westfälischen Schülern im Alter von 13 bis 18 Jahren durchgeführte Repräsentativ-Umfrage wurde am 8. Mai 2001 in Gütersloh der Öffentlichkeit vorgestellt. Die im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung vom Institut „PROSOZ/PROkids“ in

Ehrenamt auch in Zeiten von Globalisierung und Internationalisierung nicht auf dem Rückzug ist. Doch haben sich vielfach die Motive und die Dauer freiwilligen Engagements geändert.

Nach dem Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend engagiert sich freiwillig jeder dritte Bundesbürger. Ein weiteres Drittel ist Mitglied in einer Gruppe, Initiative oder einem Verein, ohne aber ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Durchschnittlich werden fünf Stunden in der Woche für das Ehrenamt aufgewendet, etwa ein Drittel investiert regelmäßig erheblich mehr Zeit. Dabei engagieren sich überdurchschnittlich Menschen, die sozial in ihre Umgebung integriert sind, durch Bildung und Beruf eine höhere soziale Stellung haben und sich in einer besseren finanziellen Situation befinden und die außerdem politisch interessiert und gesellschaftlich aktiv sind.

Von den nicht ehrenamtlich Tätigen wird als häufigster Hinderungsgrund für freiwilliges Engagement Zeitmangel angegeben. Außerdem halten sich jüngere und ältere Befragte oft für nicht hinreichend geeignet oder betrachten ehrenamtliches Engagement unpassend für ihre Altersgruppe. Vor allem jüngere Befragte führen mangelnden Versicherungsschutz als Hinderungsgrund an. Andere erklären, ehrenamtliche Tätigkeit sei ein „Zuschussgeschäft“, das sie sich nicht leisten könnten. 36 Prozent der Befragten meinen schließlich, eine ehrenamtliche Tätigkeit bringe Arbeit und Ärger, aber keine Vorteile.

40 Prozent der bisher noch nicht ehrenamtlich Tätigen wären hingegen nach dem Freiwilligensurvey bereit, sich freiwillig zu engagieren – ein großes, bislang vielfach noch ungenutztes Potential. Die Erwartungen an eine ehrenamtliche Tätigkeit sind aber in dieser Gruppe der Interessierten viel höher als bei denen, die diese Tätigkeit schon ausüben. Gleichzeitig wird die für ein Ehrenamt wöchentlich durchschnittlich aufzuwendende Zeit überschätzt. Diese genannten Beweg- bzw. Hinderungsgründe sind einerseits ein Betätigungshemmnis und andererseits eine Quelle künftiger Enttäuschungen aufgrund zu hoher Erwartungen. Diese Ergebnisse zeigen, dass ein größerer Aufklärungsbedarf über ehrenamtliche Tätigkei-

sechs NRW-Städten durchgeführte Erhebung zeigt, dass mehr als die Hälfte der jungen Menschen ein grundsätzliches Interesse an gesellschaftlichen und politischen Fragen hat. Gut ein Fünftel der Jugendlichen ist ehrenamtlich aktiv. Ein weiteres Drittel würde sich gerne gesellschaftlich engagieren. Als Hinderungsgründe werden fehlende Informationen und Ansprechpartner genannt. Die Einzelergebnisse können unter www.bertelsmann-stiftung.de/presse eingesehen werden.

ten besteht, um realistische Erwartungen zu wecken, aber auch um bestehende Vorurteile zu entkräften.

Ungenutzte Freiwilligenpotentiale bestehen vor allem in zwei Gruppen: In der Altersgruppe der **Senioren** ab 60 Jahren sinkt der Prozentsatz der freiwillig Engagierten auf 26 Prozent. Dabei geben aber acht von zehn Befragten an, dass ihnen ehrenamtliche Betätigung besonders wichtig sei, um an der Gesellschaft teilzuhaben und anerkannt zu werden. Auch **Arbeitslose** sind vergleichsweise wenig ehrenamtlich tätig. Ein Grund liegt im Arbeitsförderungsgesetz, das bislang eine mehr als 15-stündige Tätigkeit in der Woche mit Abschlägen beim Arbeitslosengeld sanktioniert.

Diese ungenutzten Freiwilligenpotentiale sind insofern bedauerlich, als gerade Personengruppen, die aus dem Erwerbsleben oder dem Kreis der Kleinfamilie ausgeschlossen bzw. ausgeschlossen sind wie Arbeitslose und Senioren, sozialen Kontakt und gesellschaftliche Anerkennung in besonderer Weise benötigen. Kontakte und Wertschätzung vermittelt nicht zuletzt das Ehrenamt. Beide Gruppen sollten daher verstärkt von gemeinnützigen Organisationen und dem Staat für freiwilliges Engagement gewonnen werden.

Gerade bei Arbeitslosen wäre es etwa denkbar, ein Ehrenamt zeitlich beschränkt mit geeigneten Fortbildungsmaßnahmen und Praktika zu koppeln und die Betroffenen mit potentiellen Arbeitgebern in Kontakt zu bringen. Bei Senioren müsste verstärkt darauf geachtet werden, dass sie ihre Lebenserfahrung in das Ehrenamt einbringen können. Hier ist der Gesetzgeber mit geeigneten Initiativen gefragt (vgl. 1.3).

Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements

Die Bürgergesellschaft⁴ benötigt das Ehrenamt. Beide können nicht von oben verordnet werden. Sie leben vielmehr vom selbständigen und freiwilligen Engage-

⁴ Vgl. zu Begriff, Begriffsgeschichte sowie zur Übernahme des Begriffs durch die neuere Sozialdemokratie besonders die Beiträge von Roland Sturm, Der Dritte Weg - Königsweg zwischen allen Ideologien oder selbst unter Ideologieverdacht? und Hans Vorländer, Dritter Weg und Kommunitarismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/2001, S. 3-5 und 16-23; ferner Christopher Gohl, Bürgergesellschaft als poli-

gement der Bürger. Der Staat kann und sollte allerdings die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement so beeinflussen, dass allzu große rechtliche und finanzielle Risiken vermieden werden; denn Engagement darf nicht zu Benachteiligungen führen. Maßnahmen des Staates zur Verbesserung der Rahmenbedingungen können ehrenamtlich Engagierten zeigen, dass ihr Engagement auch öffentlich anerkannt und gefördert wird. Als Richtschnur sollte gelten, dass freiwilliges Engagement zwar unentgeltlich geleistet wird, aber nicht zum Nulltarif zu haben ist.⁵

Hilfreich für die zukunftsfähige Weiterentwicklung einer Freiwilligenkultur im Sinne der Subsidiarität wären unter anderem folgende Maßnahmen⁶:

- der Ausbau von Fördermöglichkeiten durch kommunale Zuwendungen – zumindest in der Anfangsphase. Später ist meist eine gemischte Finanzierung günstiger, da dies den Freiwilligeninitiativen finanzielle und programmatische Unabhängigkeit sichert. Die Bereitstellung von Finanzmitteln wird von bereits ehrenamtlich Tätigen am häufigsten als gewünschte Verbesserung genannt; gerade hier liegt auch ein häufiges Enttäuschungspotential.
- die Anrechenbarkeit sozialen Engagements auf die Rentenversicherung. Dass dies bisher nicht möglich ist, trifft vor allem nicht erwerbstätige Frauen. Zwar haben ehrenamtlich Tätige die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung, jedoch müssen sie dann die Beitragszahlungen selbst übernehmen. Die Erstattung dieser Beiträge würde viele gemeinnützige Organisationen finanziell überfordern. Wünschenswert wäre eine staatliche Beteiligung an der Finanzierung.
- Rabatt auf Fahrkarten im öffentlichen Nahverkehr, ermäßigte Bahnfahrten sowie ermäßigte Eintritte in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Museen, Schwimmbäder)

tische Zielperspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/2001, S. 5-11. Aktuelle Debatte und Fragen dokumentieren die April- und Maiausgabe der von Peter Glotz herausgegebenen Frankfurter Hefte.

⁵ Vgl. Theresa Bock, Vom Anspruch auf Beteiligung zum Anspruch auf Versorgung, in: Politische Studien, Sonderheft 1/1999, S. 35-40.

⁶ Die in den neueren Erhebungen genannten Verbesserungsvorschläge werden im Wesentlichen durch eine im Frühjahr 2001 unter bürgerschaftlich tätigen Personen und Organisationen durchgeführte Mailing-Aktion der Konrad-Adenauer-Stiftung gestützt. Vgl. zur Thematik auch die Beiträge von Marie-Luise Dött, Starker Bürger – Starker Staat, Schule – soziales Netzwerk des 21. Jahrhunderts, sowie Christa Thoben, Bürgerfreundliche Kommunen und Ehrenamt, in: Zukunftsforum Politik Nr. 24 „Aktive Bürger fördern“, Sankt Augustin 2001, S. 5-9 u. 28-31.

- die Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Material-, Telefon- und Fahrtkosten, die in Verbindung mit jeglicher ehrenamtlichen Betätigung entstanden sind und die steuerliche Freistellung von Unkostenerstattungen bis zu einem bestimmten Betrag. Letztere werden besonders durch die Neufassung des 630-DM-Gesetzes belastet. Ehrenamtler üben mit Recht Kritik an der steuer- und sozialpflichtigen Behandlung von Aufwandsentschädigungen, also an der rechtlichen Gleichbewertung von unentgeltlichem Bürgerengagement mit Arbeitsverträgen der Niedriglohngruppen. Gewünscht wird hier vor allem eine unbürokratische schnelle Kostenerstattung. Ebenso sollten die für den Sport und – jetzt auch – für die Freiwillige Feuerwehr geltenden Regelungen, die Aufwandsentschädigungen bis 3.600 DM/Jahr sozialversicherungsfrei stellen, auch auf andere Bereiche ehrenamtlichen Engagements ausgeweitet werden. Jedoch erst die Anhebung der Pauschalen – etwa der im Sport geltenden Übungsleiterpauschale – auf 4.800 DM/Jahr würde für mehr Anerkennung der in diesem Bereich tätigen Ehrenamtler sorgen und Vereine bzw. Vereinigungen steuerlich spürbar entlasten.
- eine rechtliche Absicherung durch Haftpflicht- und Unfallversicherung. Bisher sind ehrenamtlich Engagierte einem verstärkten Haftungsrisiko ausgesetzt. Denkbar wären hier eine öffentlich finanzierte Versicherung für bürgerschaftlich Engagierte oder finanzielle Zuschüsse an die Verbände zur Begründung eines Versicherungsschutzes.
- Urlaub, Dienstbefreiung und Sabbatjahr für ehrenamtliches Engagement. Dabei muss sichergestellt werden, dass dies keine negativen Folgen für das Berufsleben haben wird. Neben der Änderung der entsprechenden Gesetzgebung ist es auch erforderlich, dass deutsche Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber stärker als bisher – ähnlich der in angelsächsischen Ländern verbreiteten Kultur der „Corporate Citizenship“ – für die praktische Anerkennung des Ehrenamtes eintreten.⁷
- die Möglichkeit der Nutzung öffentlicher Infrastruktur, z.B. von Gebäuden wie Schulen und Kindergärten.
- die weitere Förderung kommunaler und überregional arbeitender Ehrenamtsagenturen und -netzwerke, die Betätigungswilligen das für sie persönlich pas-

⁷ Heinz Janning/Heinz Bartjes, Ehrenamt und Wirtschaft. Internationale Beispiele bürgerschaftlichen Engagements der Wirtschaft, Stuttgart 1999 (Reihe „Beiträge zum Ehrenamt“, Bd. 2, hrsg. v. der Robert-Bosch-Stiftung).

sende Engagement vermitteln und auch allgemein über das Ehrenamt informieren. Diese Agenturen sollten noch stärker als bisher im Bereich der Beratung von Vereinen und Initiativen tätig werden. Beratungsbedarf besteht vor allem bei rechtlichen Fragen (Anerkennung zum Verein, Besteuerung der Einnahmen aus einer Tombola), Finanzierungsfragen (Sponsorengewinnung) und Strategien zur Werbung von neuen ehrenamtlichen Mitarbeitern und der Motivation der bereits Tätigen.

- die Bereitstellung von entsprechend ausgebildeten Bürgerbeauftragten in den Kommunen, die den Kontakt zu den engagierten Bürgern halten, als Ansprechpartner dienen und die Wünsche an Verwaltung und Gemeinde herantragen.
- keine wöchentliche Zeitbeschränkung für ehrenamtliches Engagement. So dürfen Arbeitslose bisher nicht mehr als 15 Wochenstunden ehrenamtlich tätig sein, auch wenn sie diese Tätigkeit schon vor der Erwerbslosigkeit ausgeführt haben. Ansonsten werden Sozialleistungen gekürzt.
- Abbau von Bürokratie und Einräumung größerer Steuerfreiräume für Vereine. Denkbar wäre hier die Anhebung der Besteuerungsfreigrenzen von derzeit 60.000 DM auf 120.000 DM. Dies würde ca. 90 Prozent der Vereine freistellen.
- steuerliche Absetzbarkeit von Zeitspenden, die damit wie Geld- oder Sachspenden behandelt würden. Denn der ehrenamtlich Tätige nimmt mit seiner persönlichen Arbeitsleistung ebenso Verantwortung für das Gemeinwohl wahr wie mit einer Spende. Allerdings ist hier die Gefahr des Missbrauchs relativ hoch. Es muss sichergestellt werden, dass nur tatsächlich abgeleistete Zeit angerechnet wird.
- ein erweitertes Aus- und Fortbildungsangebot für Ehrenamtler. Einerseits benötigen Ehrenamtler fachliche und menschliche Unterstützung für ihre Tätigkeit. Andererseits können so nützliche Kenntnisse für andere Lebensbereiche, nicht zuletzt zur beruflichen Aus- und Weiterbildung gewonnen werden. Die Attraktivität einer ehrenamtlichen Arbeit steigt, wenn verschiedene „Zusatznutzen“ damit verbunden sind.⁸ So könnten etwa ein Kassenwart im Be-

⁸ Vgl. Peter Graeff, Der Beitrag ehrenamtlicher Arbeit zum Aufbau bürgerlicher Strukturen, in: Michael Zöller (Hg.), Vom Betreuungsstaat zur Bürgergesellschaft, Köln 2000, S. 139-149; ferner u.a. zu Konzepten und curricularen Empfehlungen für Freiwilligenengagement Joachim Burmeister, Qualifizierung für Ehrenamt und Freiwilligkeit, Stuttgart 2000 (Reihe „Beiträge zum Ehrenamt“, Bd. 3, hrsg. v. der Robert-Bosch-Stiftung).

reich computerunterstützter Buchführung oder eine Mitarbeiterin bei den Sorgentelefonen für Jugendliche in Gesprächsführung fortgebildet werden. Die Entschädigungen für Kursgebühren sollten dabei grundsätzlich steuerfrei sein.

- die Vorbereitung auf ehrenamtliches Engagement bereits in der Schule. Möglichkeiten dazu bieten Projektwochen, die Leitung von Arbeitsgemeinschaften und Sportkursen, die Planung und Durchführung gemeinnütziger Schulprojekte und eher klassische Beteiligungsformen wie Schülervertretung und Schülerzeitung. Dabei ist es wichtig, dass Jugendliche die Form ihres Engagements mitgestalten und –steuern können.
- die Anerkennung sozialen Engagements bei einer Studienplatzbewerbung bei der ZVS, bei BAföG und beim Wehr- oder Zivildienst, aber auch beim Erwerb einer Lehrstelle. Ehrenamtliche Tätigkeiten können in einem Beiblatt zum Jahres- oder Abschlusszeugnis vermerkt werden.
- die Bereitstellung einer größeren Anzahl von Plätzen für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) oder Friedensdienst im Ausland. Dabei sollte sowohl die Herabsenkung der Altersgrenze für diese Tätigkeiten auf 16 Jahre als auch die Ausdehnung auf Berufstätige und Ruheständler überlegt werden. Damit könnten einerseits auch Realschüler und Hauptschüler in soziales Engagement eingebunden werden, andererseits die Lebens- und Berufserfahrungen älterer Bürger für bürgerschaftliches Engagement stärker genutzt werden.

Die vorliegende Broschüre stellt ohne Anspruch auf Vollständigkeit beispielhaft arbeitende neuere Formen bürgerschaftlichen Engagements vor.

Die beiden ersten (TAURIS aus Sachsen und die baden-württembergische Bürgergemeinde Nürtingen) stehen für den gelungenen Versuch der **öffentlichen Hand**, Freiwilligkeit von Bürgern durch Beratung, Begleitung und öffentliche Würdigung zu fördern, und so Energien des Bürgers für das Gemeinwohl freizusetzen.

Die folgenden Initiativen stehen für Engagement aus **privatem** Antrieb. Neu an diesen Beispielen ist, dass eingefahrene Wege verlassen wurden und vielfach auch außerhalb etablierter Verbände und Institutionen, so erfolgreich diese auch

in der Vergangenheit gearbeitet haben und dies auch künftig tun werden, echte Initiativen „von unten“ entstanden sind. Vielfach sind aus diesen Privatinitiativen, Selbsthilfegruppen und zunächst regional arbeitenden Zusammenschlüssen überregional und international arbeitende Netzwerke und Informationsdienstleister des Ehrenamtes geworden.

Dabei werden die Initiativen zum besseren Verständnis in zwei Gruppen strukturiert. Die erste Gruppe von Initiativen versucht, ihre Bedeutung als regional arbeitende Form bürgerschaftlichen Engagements unter den rasch veränderten Bedingungen zunehmender Globalisierung bewusst durchzuhalten. Sie werden damit zu einem gefragten Identifikationspunkt einer Region – ein positiver Beitrag des Ehrenamts zur Integration von – vielfach auch ausländischen – Mitbürgern in die Gesellschaft. Die zweite Gruppe bürgerschaftlichen Engagements hat ihre ursprüngliche regionale Begrenzung aufgegeben und stellt sich – wie der Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher e.V. und der Treffpunkt Hilfsbereitschaft – als bundesweit arbeitende Agenturen mit Sitz in der Hauptstadt Berlin den veränderten sozialen Rahmenbedingungen.

Mein Dank am Gelingen der Broschüre gilt den in der Folge vorgestellten Initiativen, die mit Ihren Beiträgen wesentlich zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements beitragen. Ihr Beispiel wird Schule machen und Subsidiarität fördern. Besonderer Dank gebührt Herrn Horst Kanitz, dem ehemaligen wissenschaftlichen Mitarbeiter der Hauptabteilung Kommunalpolitik, für die Herstellung wertvoller Kontakte und vielseitige Beratung. Ebenso danke ich Frau Christina Mortejl für die Sorgfalt während ihres Praktikums bei der Beschaffung, Sichtung und Auswertung des umfangreichen Materials zur Thematik Bürgergesellschaft und Ehrenamt.

2. Bürgerschaftliches Engagement durch öffentlichen Anstoß

Die Stadt Nürtingen

Der Bürger steht im Mittelpunkt.

In Nürtingen hat Anerkennungskultur Tradition. Das heißt nicht, dass ständig „Bonbons“ verteilt werden. Oberster Grundsatz der Anerkennungskultur ist, den einzelnen Bürger mit all seinen Fähigkeiten und Talenten in den Mittelpunkt zu stellen und seine Wünsche und Ideen ernst zu nehmen. Gemeinderat und Stadtverwaltung versuchen mit geeigneten Räumen sowie fachlicher und finanzieller Unterstützung eine möglichst optimale Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. Öffentliche Wertschätzung, Beachtung und Weiterbildung sind weitere Erfolgsfaktoren der Nürtinger Anerkennungskultur.

Unabdingbare Voraussetzungen für Bürgerengagement sind, so die Aussage vieler Ehrenamtlicher, ein Dach über dem Kopf für Aktivitäten und offene Ohren der Stadtoberhäupter. Das ist in Nürtingen mit dem im doppelten Wortsinn transparenten Rathaus, dem angegliederten Bürgertreff und der massiven Unterstützung des Bürgerengagements durch Verwaltung und Gemeinderat gegeben. Öffentlichkeitsarbeit ist ein nicht zu unterschätzender Teil der Anerkennungskultur. Das mehrmals jährlich erscheinende Magazin „Bingo“ bietet den Initiativen eine hervorragende Gelegenheit, über ihre Anliegen zu berichten und sich an die Öffentlichkeit zu wenden.

Neben den klassischen Formen der Wertschätzung wie Blutspender-, Vereins- und Sportlerehrung, der Verleihung des Goldenen „Bingo“ und seit kurzem der Bürgermedaille, legt Nürtingen viel Wert auf seine aktiven Formen der Würdigung.

Aktive Formen der Wertschätzung:

Der „Freiwilligenpass“ bietet Initiativen, Vereinen und pflegenden Angehörigen ein breites Spektrum an Verschnaufpausen. Aus einem mit Gutscheinen für ein leckeres Essen, Theater- und Kinobesuche, Fahrten in den Landtag und Fortbildungen gespickten Heft können ehrenamtlich tätige Bürger sich ihre bevorzugte Anerkennung aussuchen. Der Freiwilligenpass ist eine Form der lokalen Wertschätzung, die motiviert und den Austausch einzelner Initiativen untereinander fördert. Schließlich füllen nicht nur Gutscheine ansässiger Unternehmen das Heft, sondern auch Initiativen selbst bieten Belohnungen an, beispielsweise eine Bootspartie auf dem Neckar oder einen Rundblick vom Kirchturm.

Speziell an die Jugend richtet sich das „Tu Was Tagebuch“, eine Idee der Geschäftsstelle für Bürgerengagement und des staatlichen Schulamtes, die vom Wirtschaftsbeirat unterstützt wird. Schülerinnen und Schüler, die sich freiwillig im Sportverein, in der Behindertenarbeit oder im Jugendrat engagieren, dokumentieren in dem jugendgerecht aufgemachten Tagebuch jegliche Art von Freiwilligenarbeit. Am Schuljahresende dient es als Grundlage für ein Zertifikat über soziale Kompetenz, - eine Eigenschaft, die von Personalchefs bei Einstellungsgesprächen immer mehr geschätzt und berücksichtigt wird.

Anerkennungskultur ist in Nürtingen eng verknüpft mit Weiterbildung. Um engagierte Bürger fachlich zu unterstützen, werden regelmäßig Freiwilligenseminare angeboten. Grundwissen über Moderation, Mediation, Beteiligungsformen, Öffentlichkeitsarbeit und Projektmanagement schafft die nötige Qualifikation fürs Ehrenamt. Ein Zertifikat unterstreicht den Stellenwert der Seminare.

Beteiligung ist Wertschätzung:

Bürger an Planungen und Entscheidungen im gesamten kommunalpolitischen Bereich zu beteiligen und ihre Meinungen ernst zu nehmen, sind wesentliche Formen der Wertschätzung. Weit über die klassische Bürgerbeteiligung im gesetzlichen Rahmen hinaus geht man in Nürtingen. Bei der jährlichen Sozialkonferenz kommen unter Einbeziehung von Bürgern, Fachleuten sowie Vertretern

der Verwaltung und des Gemeinderats aktuelle sozial- und gesellschaftspolitische Themen auf den Tisch. Ziel der von der Geschäftsstelle für Bürgerengagement und den Kirchen organisierten Konferenz ist, möglichst viele Bürger zu motivieren und ihnen Möglichkeiten zu eröffnen, sich an Problemlösungen zu beteiligen und eigene Ideen in die Tat umzusetzen. Unter fachkundiger Anleitung und mit adäquaten Methoden wie Zukunftswerkstatt, Runder Tisch und Planungszellen wurden Projekte wie das „Lokale Netz für Ausbildungsförderung“, der „Tauschring“ oder der Verein für Gemein Sinn initiiert.

Stadtteilarbeit fördern:

Während der Bürgertreff als Keimzelle des bürgerschaftlichen Engagements im Herzen der Stadt angesiedelt ist, werden nun bewusst die Stadtteile gefördert. Als wichtiger Stadtentwicklungsfaktor sollen dort durch bürgerschaftliches Engagement Orte einer neuen sozialen Kultur entstehen. Erste Früchte sind „Braike aktiv“, eine Stadtteilinitiative, die aus der letzten Sozialkonferenz hervorgegangen ist und bereits Stadtteilspaziergänge und ein Stadtteilstfest auf die Beine gestellt hat. Ebenfalls noch jung ist „Pro Enzenhardt“, eine Gruppierung engagierter Bürger, die sich in ihrem expandierenden Stadtteil aktiv am sozialpolitischen Geschehen beteiligt. Auf langjährige Erfahrung zurückblicken kann die „Bürgervereinigung Roßdorf“, die sich sehr stark in der Jugendarbeit engagiert. Quartiersentwicklung heißt, die Stadtteile weiterentwickeln, Nachbarschaftlichkeit und Gemein Sinn beleben, Generationen verbinden.

Würdigung an der Schnittstelle:

„Das Rathaus als Bürgerhaus“, so kann man knapp das Nürtinger Leitbild formulieren. Allein die offene Architektur des Rathauses mit der Glashalle als beliebter Ort für Veranstaltungen, dem Bürgersaal für Ausstellungen, der angegliederten Stadtbücherei und dem Bürgertreff als Keimzelle für Bürgerengagement, spiegelt die Transparenz der Verwaltung wider. Die räumliche Nähe zu den Entscheidungsträgern spornt an. Immer wieder sprießen neue Ideen auf der Freiwilligenwiese. Mit der Einrichtung der Geschäftsstelle für Bürgerengagement als Stabs-

stelle und einer finanziellen Verankerung des Bürgertreffs im kommunalen Haushalt haben Verwaltung und Gemeinderat dem hohen Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements deutlich Ausdruck gegeben. Der Bürgertreff als Schnittstelle zwischen Bürgerengagement und Verwaltung ist zweifelsohne ein wichtiger Part der Anerkennung und Wertschätzung der Bürger.

Ansprechpartner: Geschäftsstelle für Bürgerengagement - Hannes Wezel

Anschrift: Bürgertreff, Marktstr. 7, 72622 Nürtingen

Tel.: 07022/75-366

Fax: 07022/75-587

E-Mail: buergertreff@t-online.de

Internet: www.nuertingen.de/buergerundsoziales

TAURIS – „Tätigkeiten und Aufgaben: Regionale Initiative in Sachsen“
Aufgaben außerhalb der traditionellen Erwerbsarbeit.

Adressaten:

- Langzeitarbeitslose, die älter als 50 Jahre sind – sowie arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger
- Kommunen, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und andere sich für das Gemeinwohl engagierende Einrichtungen als Projektträger

Anlass/Ziel:

Ziel des Projektes „TAURIS – Tätigkeiten und Aufgaben: Regionale Initiative in Sachsen“ ist es, Bürgerinnen und Bürgern, die älter als 50 Jahre und länger als ein Jahr arbeitslos sind bzw. arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern, eine Perspektive außerhalb der traditionellen Erwerbsarbeit aufzuzeigen und ihnen damit wieder eine stärkere Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Erfahrungsgemäß ist es für diese Personengruppe trotz Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik wie ABM und Umschulung besonders schwer, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Für diese Menschen reicht es in der Regel nicht aus, nur Transfereinkommen zu beziehen. Einkommen war schließlich nur ein Teil dessen, was ihnen der frühere Erwerbsarbeitsplatz geboten hat. Sie wollen auch Aufgaben haben, die aus ihrer Sicht und aus Sicht der Gesellschaft sinnvoll und anerkannt sind. Die Gesellschaft und die Politik sind hier im gleichem Maße gefordert. Es gilt, für die infolge des Wandels von der Industrie- zur Wissensgesellschaft aus dem traditionellen Erwerbsarbeitsmarkt herausgedrängten Menschen, Aufgabenfelder außerhalb der traditionellen Erwerbsarbeit zu erschließen.

Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf das Wissen und Können dieser Bürgerinnen und Bürger zu verzichten. Mit TAURIS werden die vielen unerle-

digten Aufgaben auf der einen Seite sowie das Engagement und die Bereitschaft, etwas zu leisten, auf der anderen Seite zusammengeführt.

Vorgehensweise:

Hauptzielrichtung des Projektes ist es, für die Zielgruppe sinnvolle und von der Gesellschaft anerkannte Aufgaben außerhalb der traditionellen Erwerbsarbeit aufzuzeigen und den Zugang zu diesen Aufgaben zu erleichtern bzw. die Teilnehmer zu motivieren, solche Aufgaben wahrzunehmen.

Für die Umsetzung des Projektes TAURIS ist die Schaffung regionaler „Marktplätze“ von primärer Bedeutung. In den sächsischen Regionen (Kreisebene) wurden zur Wahrnehmung der Marktplatzfunktion TAURIS – Koordinierungsstellen geschaffen. Sie dienen gleichermaßen als „Marktplatz“ für Anbieter von Projekten (Projekträger) und Teilnahmeinteressierte. Sie stehen beiden Seiten für Fragen und kompetente Beratung zur Verfügung und üben eine rein vermittelnde Funktion aus.

Die Ausrichtung der eingereichten Projekte ist vielfältig. Ob es um die Betreuung von Mitbürgern, die Pflege von Denkmälern, Kirchen, Spielplätzen oder Schulen, Unterstützung von Vereinen, Museen und kulturellen Einrichtungen oder die Beschilderung von Wanderwegen geht – alles ist möglich, sofern das Projekt drei Bedingungen erfüllt:

- Die Tätigkeiten dürfen keine gewerbliche Arbeit ersetzen. Sie können Arbeiten ergänzen, die bisher nicht im vollen Umfang ausgeführt worden sind.
- Die Tätigkeiten müssen im allgemeinen Interesse der Bürgerschaft liegen.
- Das Projekt ist von einem Gremium von lokalen Repräsentanten (IHK, Handwerkerschaft, Gewerkschaft, Arbeitsämtern, Kommunen, Wohlfahrtsverbände) bestätigt worden.

Für die Durchführung der jeweiligen Projekte ist ausschließlich der Träger eines Projektes verantwortlich.

Zur Realisierung der von den Projektträgern eingereichten Projekte kann teilnehmen:

- wer älter als fünfzig Jahre und seit über einem Jahr arbeitslos ist,
- wer Sozialhilfe erhält,
- wer aus anderen Motiven ohne Aufwandsentschädigung bereit ist, die Projekte zu unterstützen.

Jeder an einer Teilnahme Interessierte kann in der Koordinierungsstelle die ausliegenden Projektlisten einsehen und sich die Aufgabe heraussuchen, die besonders seinen Neigungen entspricht. Dabei wird der Freiwilligkeit des Engagements genauso hohe Priorität eingeräumt wie der individuellen Möglichkeit der jederzeitigen Beendigung des Engagements für ein konkretes Projekt.

Die Teilnehmer sind bis zu vierzehn Stunden pro Woche in dem Projekt ihrer Wahl aktiv. Wer insgesamt vier mal vierzehn Stunden mitgewirkt hat, erhält 150 DM als Aufwandsentschädigung zusätzlich zu Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe. Die Abrechnung erfolgt über Gutscheine. Die Koordinierungsstellen überweisen bei Vorlage von vier Gutscheinen 150 DM auf das Konto des Teilnehmers.

Finanzielle Aufwendungen, die im Rahmen eines Projektes entstehen, sind vom Projektträger zu übernehmen. Für die Leistungen der Koordinierungsstellen (Finanzierung des Verwaltungsaufwandes) ist von den Projektträgern, als Nutzer der Wertschöpfung, eine Pauschale von 10 DM je Gutschein zu entrichten.

Initiatoren/Ansprechpartner/Sonstiges:

Initiatoren: Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit
Sächsisches Staatsministerium für Soziales
Ministerin für Gleichstellung

Beteiligt an der Erarbeitung und Durchsetzung der Pilotphase war ein Projektteam, bestehend aus der Unternehmensberatung McKinsey & Co., Mitarbeitern von Beschäftigungsgesellschaften (SAQ Zwickau; DSA Dresden) sowie den Leitern der Sozialämter der Landkreise Bautzen, Leipziger Land und Niederschlesischer Oberlausitzkreis.

Die Finanzierung erfolgt über einen Mix aus öffentlichen Mitteln und EU-Fördergeldern.

Zeitablauf: 1. Erarbeitung und Pilotierung
Mai 1999 bis Februar 2001

2. Roll-out auf ganz Sachsen
seit Februar 2001

Bundesland: Sachsen – regionale Koordinierungsstellen: Kamenz
Görlitz
Niesky
Marienberg
Auerbach
Zwickau

Ansprechpartner (zentrale Arbeitsgruppe):

Dieter Kohlberg Tel.: 0375/ 332 2891

Fax: 0375/ 332 2640

Gerald Svarowsky Tel.: 0351/ 207 7512

Adresse: TAURIS – Stiftung e.V., Regerstraße 6, 01309 Dresden

Internet: www.sachsen.de/de/bf/tauris/de

3. *Bürgerschaftliches Engagement aus privatem Impuls – lokale und regionale Formen bürgerschaftlichen Engagements*

KölnAgenda e.V.

Adressaten/Anlass/Ziel:

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 hatten die Regierungen von über 170 Ländern einen Handlungsrahmen für den Weg ins 21. Jahrhundert verabschiedet, die Agenda 21. Das Ziel ist, weltweit eine ökologische verträgliche, wirtschaftlich tragfähige und sozial gerechte Entwicklung zu erreichen. Im Kapitel 28 des Abschlussdokumentes werden die Städte und Gemeinden aufgefordert, in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft einzutreten und eine Lokale Agenda 21 zu beschließen.

Nachdem der Rat der Stadt im März 1998 beschlossen hatte, eine Lokale Agenda für Köln zu erarbeiten, haben sich im Anschluss an eine durch die Stadt organisierte Eröffnungskonferenz 20 Arbeitsgruppen mit rund 250 Akteuren zusammen gefunden. Die Gründung des KölnAgenda e.V. im September 1999 war das Ergebnis eines Dialogs zwischen VertreterInnen aus Politik und Verwaltung und einer 20-köpfigen Koordinierungsgruppe, die sich Anfang 1999 aus den SprecherInnen der Agendagruppen konstituiert hatte. Ziel des Vereins ist es, die bestehenden Gruppen in ihrer Arbeit zu unterstützen und weitere Akteure aus der Kölner Bevölkerung, der örtlichen Wirtschaft, Vereinen und Verbänden, Parteien und Initiativen, sowie Rat und Verwaltung in den Agenda-Prozess einzubeziehen. Zu diesem Zweck sollte der Verein ein Agenda-Büro einrichten.

Vorgehensweise/Instrumente:

Seit Mitte 2000 betreibt der Verein aus den Mitteln einer zuvor vom Rat der Stadt eingerichteten Haushaltsstelle eine Agenda-Infostelle, die Öffentlichkeitsarbeit für die Lokale Agenda leistet, die Arbeit der Agendagruppen unterstützt, Anlaufstelle für interessierte BürgerInnen und Initiativen ist sowie den Vereinsvorstand in seiner Arbeit unterstützt. In zahlreichen Gesprächen hat der KölnAgenda e.V. bei Parteien, Unternehmen und Verbänden um die Unterstützung des Kölner Agendaprozesses geworben. U.a. durch den Beitritt zweier namhafter Kölner Unternehmen konnten auf Seiten der Wirtschaft hierfür wichtige Mitstreiter gefunden werden. Die Agendagruppen, mit welchen der Verein über Satzung und Geschäftsordnung besonders verbunden ist, haben nach zwei Jahren Vorarbeit zwei größere Projekte (Ökoprofit, Wohnungstauschbörse) auf den Weg gebracht und begleiten auf Stadtteilebene Planungsprozesse vor Ort (Mühlheim Nord, Ebertplatz, Sürther Feld, CfK-Gelände in Köln Kalk). Darüber hinaus wurden und werden meist in Kooperation mit entsprechenden Einrichtungen zahlreiche Veranstaltungen organisiert, im Mai 2001 z.B. der Tag der offenen Hinterhöfe in Köln Sülz sowie im Kölner Domforum unter dem Titel ‚Corporate Volunteering‘ eine Veranstaltung zum Engagement Kölner Unternehmen für ehrenamtliche Arbeit. Im Juni wird eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Oberbürgermeister der Stadt, Fritz Schramma, stattfinden.

Zusammen mit den Agendagruppen hat der KölnAgenda e.V. als Perspektive für den Agenda-Dialog das Leitbild der „Bürgerkommune Köln“ vorgeschlagen und die Diskussion über die Selbstverpflichtung der Kommune zu Nachhaltigkeit im kommunalen Handel, die Förderung von freiwilliger und ehrenamtlicher Arbeit, die Schaffung von Partizipationsrechten und moderierte Dialogformen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie die Erarbeitung von Indikatoren für nachhaltige Stadtentwicklung angeregt.

Initiatoren/Beteiligte /Sonstiges:

Ein wesentlicher Motor des Kölner Agendaprozesses waren das Forum Umweltbildung Köln und das Nord-Süd-Forum Köln. Nach Bildung der Agendagruppen hat sich aus deren Sprechern die Koordinierungsgruppe konstituiert, die neben

dem seit Anfang 1999 bestellten Agendabeauftragten der Stadt die Initiatoren der Vereinsgründung waren. Erster Vorsitzender des KölnAgenda e.V. ist Axel Becker, Pfarrer im Ruhestand und ehemaliger Leiter des evangelischen Sozialwerkes in Köln.

Ansprechpartner: Dr. Ursula Hübenthal

Adresse: KölnAgenda e.V., Remigiusstr. 21, 50937 Köln

Tel.: 0221/ 33 10 88 7

Fax: 0221/58 92 48 8

E-Mail: verein@koelnagenda.de

Internet: www.koelnagenda.de

Hessisches Mütterbüro Mütterzentrum Langen e.V.

Das bundesweit erste Mütterbüro begann 1990 mit seiner Arbeit als Modellprojekt, und wurde bis Juli 1993 je zur Hälfte vom Bundesfamilienministerium, Bonn, und vom Hessischen Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Wiesbaden, gefördert. 1990 gab es 22 Mütterzentren in Hessen. Heute sind es 60 (Stand Sommer 2000).

Gründerinnen des Langener Mütterzentrums erarbeiteten das Konzept für die Modelleinrichtung Hessisches Mütterbüro. Den Anlass dafür gab der erste bundesweite Mütterzentrenkongress, der im März 1988 in Langen stattfand. Trägerin des Hessischen Mütterbüros ist das Mütterzentrum Langen e.V., das 1986 mit seiner Arbeit begann.

Heute wird das Hessische Mütterbüro als Vernetzungs-, Beratungs- und Weiterbildungseinrichtung vom Land Hessen (Hessisches Sozialministerium) gefördert. Inzwischen sind nach dem Vorbild des Hessischen Mütterbüros weitere Mütterbüros in anderen Bundesländern entstanden. Bundesweit gibt es Anfang 2000 rund 400 Mütterzentren, davon 60 in Hessen.

Aufgaben, Ziele, Arbeitsschwerpunkte des Hessischen Mütterbüros:

- den Aufbau und Betrieb weiterer Mütterzentren und Mütterbüros unterstützen und damit die Selbsthilfe und das bürgerschaftliche Engagement fördern,
- das hessenweite Netzwerk der Mütterzentren ausbauen und pflegen,
- Dienstleistungs- und Entlastungsangebote für Familien initiieren,
- Weiterbildungsangebote für Mütter mit Kinderbetreuung organisieren und durchführen,
- Müttern den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern und Väter für Familienarbeit interessieren und gewinnen,
- dafür eintreten, dass Familienarbeit als Qualifikation anerkannt und die öffentliche Kinderbetreuung bedarfsgerecht verbessert wird,
- Die Lobby für Mütter und Kinder stärken,

- Politik, Unternehmen, Institutionen in den Bereichen Familie, Arbeit, Nachbarschaft informieren und beraten,
- das Müttermagazin „Stiefmütterchen“ herausgeben, das seit 1987 regelmäßig drei- bis viermal im Jahr erscheint.

Die Weiterbildungsangebote:

Seit 1990 bis Mai 2000 haben mehr als 2.800 Mütter an Vernetzungstreffen, Beratungen und Weiterbildungsangeboten des Hessischen Mütterbüros teilgenommen. Viele Weiterbildungsangebote (immer mit Kinderbetreuung) sind nicht nur für die Mütterzentrumsarbeit nützlich, sondern erleichtern auch den Wiedereinstieg in den Beruf. Die Veranstaltungskalender des Hessischen Mütterbüros erscheinen zweimal pro Jahr mit aktuellem Halbjahresprogramm. Zu den wichtigsten Fortbildungsangeboten der vergangenen Jahre zählen: Rhetorik, Zeitmanagement, Motivations- und Führungstraining, Berufs- und Karriereberatung, Schulungen in Buchhaltung und Finanzverwaltung, Werbung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising und Spendenmarketing und das Coaching „Mütter starten erfolgreich in die Selbständigkeit“ sowie die individuelle Existenzgründungsberatung für Mütter.

Die Zielgruppen des Hessischen Mütterbüros:

Familien, Mütter, Väter, Kinder, Mütterzentren und andere Initiativen und Selbsthilfeeinrichtungen in den Bereichen Frauen und Familie, PolitikerInnen, Institutionen, Unternehmen, MeinungsbildnerInnen.

Zusammenarbeit:

Mit Mütterzentren, mit Mütterbüros in anderen Bundesländern, mit dem Bundesverband Mütterzentren e.V. und den Familien- und Frauenministerien, der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden, dem Frauenprogramm des Hessischen Rundfunks sowie mit Frauenbeauftragten und dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV).

Vernetzung:

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit des Hessischen Mütterbüros ist die Vernetzung der Mütterzentren in Hessen. Bisher haben 15 Hessische Mütterinfos stattgefunden - dabei wurden in Tages- oder Wochenendseminaren aktuelle Mütter- und Familienthemen diskutiert, die gemeinsame Zusammenarbeit gefördert und der hessenweite Erfahrungsaustausch zwischen den Mütterzentren vertieft. Hinzu kommen seit 1993 die Treffen der AG hessenweit. Hier werden vor allem Fragen der Weiterbildung im Rahmen der Mütterzentrumsarbeit diskutiert, aber auch neue Projekte vorgestellt, die in Mütterzentren entwickelt wurden. Diese Treffen finden hessenweit statt, reihum in den Mütterzentren, um auch dadurch die Präsenz der Mütterzentrumsarbeit vor Ort zu stärken.

Diese Vernetzungsarbeit wird ergänzt durch das Dienstleistungslexikon der hessischen Mütterzentren, das im Frühjahr 1997 erstmals erschien und die Pressepiegel der hessischen Mütterzentren ersetzt hat, die seit 1991 herausgegeben worden sind. Außerdem findet einmal im Jahr der Infotag Finanzen in Langen statt, bei dem Mütterzentrumsfrauen Informationen zur Beantragung und Abrechnung von Landesmitteln aus erster Hand erhalten. Rundbriefe aus dem Hessischen Mütterbüro informieren die Mütterzentren zudem über aktuelle Themen und Angebote.

Hinzu kommen die vier Mütterkongresse, von denen zwei in Langen stattgefunden haben. Das Hessische Mütterbüro arbeitet außerdem in der bundesweiten AG der Mütterbüros mit, die sich ein- bis zweimal im Jahr trifft. Bestandteil der Vernetzungsarbeit ist auch das Müttermagazin „Stiefmütterchen“, das bundesweit verbreitet ist.

Trägerin, Finanzen:

Das Hessische Mütterbüro ist als eigener Geschäftsbereich des Mütterzentrums Langen e.V. im Vereinsregister eingetragen. Finanzielle Förderung erhält das Hessische Mütterbüro durch das Hessische Sozialministerium. Eigenmittel werden erwirtschaftet aus Abonnements und Anzeigen des Müttermagazins „Stief-

mütterchen“, das seit 1987 regelmäßig drei- bis viermal im Jahr erscheint, und aus Teilnahmegebühren für Fortbildungsveranstaltungen sowie aus Spenden. Der Jahresetat beträgt rund 200.000 DM, davon kommen rund 149.000 DM vom Land Hessen.

Insgesamt werden die Mütterzentren in Hessen von Kommunen, Landkreisen und dem Land Hessen gefördert. Die Landesförderung für die derzeit 60 hessischen Mütterzentren (einschließlich Hessisches Mütterbüro) betrug im Jahr 2000 insgesamt 490.000 DM. Hessen war das erste Bundesland, das eine Landesförderung für Mütterzentren einführte. Diese betrug 1990 bereits 400.000 DM. Damit wurden damals 14 Mütterzentren und das Hessische Mütterbüro gefördert.

Mitarbeiterinnen:

Im Jahr 2000 verfügt das Hessische Mütterbüro über zwei Halbtagsstellen (Margrit Jansen, Projektleitung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Iris Jarschel, Geschäftsführung). Außerdem stehen Mittel für Honorarkräfte zur Verfügung, z.B. für Seminare, Kinderbetreuung oder Unterstützungsarbeiten im Bürobereich.

Öffnungszeiten:

Die Bürozeiten des Hessischen Mütterbüros sind Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 9 Uhr bis 12.30 Uhr und von 13.30 Uhr bis 15 Uhr.

Das Müttermagazin „Stiefmütterchen“:

Das Müttermagazin Stiefmütterchen mit Nachrichten, Berichten, Erfahrungen und Alltäglichem aus dem Familienleben ist von Januar 1987 bis Mai 2000 mit 48 Ausgaben erschienen. Hinzu kommen zahlreiche Sonderausgaben wie z. B. die beliebten **Mütterzentrumskochbücher** oder das **Dienstleistungslexikon** der hessischen Mütterzentren. Stiefmütterchen kann als Einzelheft für acht DM (inkl. Porto und Versand) oder regelmäßig im Abonnement bezogen werden. Drei bis

vier Ausgaben pro Jahr kosten für Mütter 25 DM und für Vereine, Institutionen und andere 45 DM pro Jahr.

Ansprechpartner: Margrit Jansen

Adresse: Hessisches Mütterbüro, Bahnstraße 39, 63225 Langen

Tel.: 06103/28234

Fax: 06103/24472

E-Mail: Muetterbuero.Hessen@t-online.de

Internet: www.gemeinsam-aktiv.de und auf der Homepage des Hessischen Sozialministeriums unter www.hessen.de/hsm unter dem Button „Stichworte“. Geplant ist eine eigene Homepage.

KulturScheune Lange Wiese e.V., Haunetal/Wehrda

Adressaten:

Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Ländliche Region zwischen Bad Hersfeld und Fulda.

Anlass/Ziel:

„Kultur in der Provinz muss nicht provinziell sein“, so lautet das Credo des Vereins KulturScheune Lange Wiese seit 1983. Um zu verstehen, in welchem Rahmen die KulturScheune Lange Wiese zu sehen ist, muss man die Geschichte der Einrichtung etwas genauer anschauen. Die KulturScheune wurde als Verein zur Förderung kulturellen und kommunikativen Lebens in der Provinz auf der Langen Wiese e.V. 1983 gegründet. Eine Reihe von kultur- und kunstinteressierter Bürger schlossen sich zusammen, um in einer Scheune, inmitten des Dorfes Wehrda, regelmäßig Kunstausstellungen zu zeigen und ein kommunikatives Zentrum entstehen zu lassen, das sowohl Traditionelles aufgreift als auch neue Impulse setzt.

Da die Scheune nur eine Sommernutzung zuließ, war man bezüglich der Ausstellungsaktivitäten sehr eingeschränkt. Dennoch entwickelten sich im Laufe der Zeit verschiedene Möglichkeiten. Ein Wohnhaus wurde genutzt für Aktivitäten im Kinder- und Jugendkreativbereich und das Kunstschulprogramm. In der Scheune fanden im Sommer Liederabende, Filmveranstaltungen, Konzerte, Kleinkunstprogramme, Kinder- und Jugendbuchmessen, Lesungen und unterschiedlichste Ausstellungen und Kunstaktionen statt. Rockfestivals wurden veranstaltet ebenso wie regelmäßige Kreativnachmittage und Kunstprojekte mit Kindern, u.a. das „Arche Noah“-Projekt, die „Yellow Submarine“ und der Bau eines Lehmhauses. Der Modellversuch Jugendkunstschule im ländlichen Raum, der ein umfangreiches Programm musisch-kultureller Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene bot, wurde erfolgreich durchgeführt. Der Verein bemühte sich um regionale Nachwuchsförderung sowohl im Bereich der bildenden Kunst als auch der Musik.

Parallel zu seinen kulturellen Aktivitäten leistete der Verein kulturelle Beratungsarbeit für andere Initiativen, Gemeinden und Städte. Das führte dazu, dass der Verein nach Öffnung der Grenze den Aufbau eines Kulturdienstes in Thüringen (ein Projekt des BMBW) mit dem Ergebnis der Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren in Thüringen übernahm.

Nachdem die Scheune 1996/97 über das Dorferneuerungsprogramm unter aktiver Beteiligung der ehrenamtlichen Mitglieder des Vereins umgebaut werden konnte, waren die Voraussetzungen für eine ganzjährige Nutzung geschaffen. In den vier letzten Jahren wurde ein generationsübergreifendes Kulturprogramm mit der Schwerpunktsetzung Theater für Kinder, Jugendliche und Erwachsene entwickelt. Dies vor dem Hintergrund, dass es in der Region zwischen Kassel, Gießen, Fulda und Bad Hersfeld kein ganzjähriges Ensembletheater gibt. Sowohl mit den Kindertheaterfestspielen „Alice im Wunderland“ (Schirmherrschaft Prof. Dr. Rita Süßmuth), „Mogli und seine Freunde“ und „Das Traumfresserchen“ als auch mit Erwachsenenstücken „Die Liebesgeschichte des Jahrhunderts“, „Honigmond“ und „Shakespeares Narren“, alles Eigenproduktionen mit professionellen Schauspielern, ist der Verein auf ein theaterinteressiertes Publikum gestoßen. Allein im Jahr 1999 wurden ca. 80 Veranstaltungen in den Bereichen Theater, Musik, Ausstellung, Lesung durchgeführt.

Für sein ehrenamtliches Engagement im ländlichen Raum erhielt der Verein 1992 den Kulturpreis der Kulturpolitischen Gesellschaft und wurde von der von Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth ins Leben gerufenen Initiative „Demokratie leben“ als ein Beispiel für ehrenamtliches Engagement in Hessen in den Bundestag eingeladen.

Vorgehensweise/Instrumente:

Eigenständige kulturelle Regionalentwicklung durch Initiative der Bürgerinnen und Bürger. Eigenaktivitäten werden durch einen gemeinnützigen privaten eingetragenen Verein angeregt und von ehrenamtlichen Kräften umgesetzt. Dabei sucht der Verein Kooperationspartner auf regionaler und überregionaler Ebene.

Initiatoren und Beteiligte:

Initiatoren des Projektes sind Hildegard Denkel und Jürgen Klähn von der Kulturscheune Lange Wiese e.V.. Beteiligt an der Umsetzung der Projekte sind Vereinsmitglieder aus dem regionalen und überregionalen Umfeld, die sich in besonderer Weise für Kultur im ländlichen Raum einsetzen.

Die Finanzierung erfolgt durch einen Mix aus Spenden, Beiträgen der Vereinsmitglieder, öffentlichen Mitteln, Sponsoring.

Gründungsjahr 1983

Bundesland Hessen

Ansprechpartner: Jürgen Klähn

Adresse: Auf der Langen Wiese, 36166 Haunetal

Tel: 06673-613

Fax: 06673-919241

E-Mail: Kulturscheune.Langewiese@t-online.de

Die Nachbarschaftshilfe – deutsche und ausländische Familien, München

Adressaten/ Zielgruppe:

Eingeladen sind alle Bürgerinnen und Bürger, die am Kontakt, Austausch und der Begegnung mit Menschen verschiedener Nationalitäten, Religionen und Kulturen interessiert sind, die Informationen über interkulturelle und interreligiöse Themen wünschen, die sich gezielt gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einsetzen wollen oder die im interkulturellen Bereich ehrenamtlich tätig werden möchten.

Eine weitere Zielgruppe sind behinderte Menschen nicht-deutscher Herkunft.

Zielsetzung:

Das Ziel aller Angebote von „Die Nachbarschaftshilfe“ ist, Menschen verschiedener Nationalität, Kultur und Religionszugehörigkeit zusammenzubringen, Gespräche und persönliche Begegnungen zu initiieren und zu fördern, um damit gegenseitiges Verständnis und die Verständigung voranzutreiben. Auf diesem Weg können auf allen Seiten vorhandene Vorbehalte und Vorurteile abgebaut, Unkenntnisse beseitigt und Missverständnisse ausgeräumt werden.

Persönliche Begegnungen und fundierte Information helfen, die Angst vor dem Fremden abzubauen und Feindbilder aufzulösen.

Die Struktur von „Die Nachbarschaftshilfe“:

Mit ihren Angeboten zur interkulturellen und interreligiösen Begegnung ist „Die Nachbarschaftshilfe“ in fünf Stadtteilen in München tätig. Alle Veranstaltungen erfolgen in enger Kooperation mit den örtlichen evangelischen Kirchengemeinden und finden in deren Räumen statt. Die Angebote für Menschen mit Behinderungen wenden sich an Interessierte im Großraum München, werden aber bundesweit zur Kenntnis genommen.

Alle Veranstaltungen und Angebote sind offen für alle interessierten Menschen. Informations- und Erfahrungsaustausch erfolgen bundesweit, sind keineswegs lokal begrenzt.

Angebote und Veranstaltungen:

Das Programm von „Die Nachbarschaftshilfe“ ist sehr vielfältig: Es gibt sowohl stadtteilbezogene, als auch zielgruppenorientierte oder themenbezogene Angebote.

Internationale Mutter-Kind-Gruppe oder Frauencafe, Informationsabende zu aktuellen Themen, interkulturelle Veranstaltungen und Feste, internationale Kochkurse, Seminare, ein internationales Zirkusprojekt für Kinder, thematische Arbeitsgruppen, „Interreligiöser Dialog“ oder „Gespräch zwischen den Religionen“ und mehrere Angebote für ältere Menschen, wie z.B. „55 und ein bisschen älter ...“ oder „Erzählcafe“ sprechen sehr unterschiedliche Alters- und Bevölkerungsgruppen, sowie Menschen mit sehr verschiedenen Interessen an.

„Die Nachbarschaftshilfe“ arbeitet mit zahlreichen Einrichtungen und Gruppen in den fünf Stadtteilen zusammen.

Daneben gibt es auch Beratung und Betreuung in Notfällen oder Krisensituationen. Interessierte werden umfassend informiert.

Freiwilliges Engagement und Einsatzbereiche:

Viele Tätigkeiten sind auf freiwilliges Engagement angewiesen oder werden dadurch entschieden bereichert. Ehrenamtliche spielen eine wichtige Rolle bei zahlreichen Aktivitäten von „Die Nachbarschaftshilfe“.

Einsatzbereiche sind:

- Vorbereitung, Gestaltung und Durchführung von Veranstaltungen
- Übernahme von Teilaufgaben bei Veranstaltungen
- Referententätigkeit

- Interkulturelle Kommunikation: „Brücken bauen“ zu Landsleuten und Interessenten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Medien- und Pressearbeit
- Gestaltung von Publikationen
- Beratung und Unterstützung bei der „Corporate Identity“
- Sponsoring und Fundraising

Organisatorische Daten/Ansprechpartner/Sonstiges:

Initiatoren von „Die Nachbarschaftshilfe“ sind der bereits verstorbene Dekanatsbeauftragte für Ausländerfragen der Evangelischen Kirche, Herr Werner Simon, ein Kreis engagierter Bürgerinnen und Bürger und die Pfarrer von vier evangelischen Kirchengemeinden.

Rechtsträger ist der Verein „Freundschaft zwischen Ausländern und Deutschen e.V.“

Finanzierung: Ca. 60 Prozent aus öffentlichen Mitteln der Landeshauptstadt München, ca. 25 Prozent aus Mitteln der Evangelischen Kirche, Bereich München und Bayern.

Die fehlenden Mittel müssen selbst aufgebracht werden: Einnahmen bei Veranstaltungen und Aktionen, Spenden, Sponsoring und Zuschüsse zu Einzelprojekten.

Gründung: 1.4.1985

Bundesland: Bayern

MitarbeiterInnen:

1 1/2 Sozialpädagoginnen

1 Erzieher (Ansprechpartner für Menschen mit Behinderungen)

1 Freiwillige Soziale HelferIn

1 Verwaltungskraft, Teilzeit

1 Geschäftsführerin, Teilzeit

Aktionsradius: regional, teilweise landes- und bundesweit

Ansprechpartner: Christa Liebscher

Adresse: „Die Nachbarschaftshilfe - deutsche und ausländische Familien“

Goethestrasse 53, 80336 München

Tel.: 089/ 53 66 67

Fax 089/ 53 85 95 87

Die Stadt Stiftung Gütersloh – erste Bürgerstiftung in Deutschland

Ziele:

Die Stadt Stiftung Gütersloh ist eine selbständige Stiftung des privaten Rechts mit Sitz in Gütersloh. Sie hat es sich als Gemeinschaftseinrichtung von Bürgern für Bürger zur Aufgabe gemacht, die Idee des Gemeinsinns in Gütersloh zu stärken. In Anlehnung an die US-amerikanischen Community Foundations widmet sie sich vor allem jenen sozialen und kulturellen Aufgaben der Stadt, die von der Kommune nicht oder nur teilweise übernommen werden können. Dabei engagiert sie sich in den Tätigkeitsfeldern Jugendarbeit, Bildung, Kultur, soziale Hilfe und Gesundheit. Mit ihren Projekten möchte die Stadt Stiftung Katalysator für bürgerschaftliches Engagement in Gütersloh sein und damit das Gemeinschafts- und Verantwortungsgefühl der Bürgerinnen und Bürger stärken.

Entstehung:

Bei einem Stiftungs-Symposium der Bertelsmann Stiftung im April 1996 begeisterte sich der damalige Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, Reinhard Mohn, für das Modell der amerikanischen Community Foundations. Für den Aufbau einer solchen Bürgerstiftung in seiner Heimatstadt Gütersloh stellten er, die Bertelsmann Stiftung und die Bertelsmann AG ein Startkapital von zwei Millionen DM zur Verfügung. Schon Anfang 1997 konnte die erste Bürgerstiftung Deutschlands, die den Namen Stadt Stiftung Gütersloh erhielt, ihre Arbeit aufnehmen. Die Schwerpunkte der Projektarbeit liegen in den Tätigkeitsfeldern Jugend, Kultur, Bildung und Gesundheit.

Projekte:

Die Arbeit der Stadt Stiftung Gütersloh ist – neben dem Einwerben von finanziellen Mitteln - vor allem Projektarbeit. Bei vielen ihrer Projekte handelt sie operativ, indem sie *Ideen und Probleme aus der Bürgerschaft Güterslohs aufgreift und*

daraus mit Partnern ihre Projekte entwickelt. Auch zur Umsetzung knüpft die Stadt Stiftung an das in Gütersloh vorhandene Potenzial ehrenamtlicher Gruppen und Initiativen an. Bei anderen Projekten hilft die Stadt Stiftung mit einer finanziellen Förderung.

Projektbeispiele:

Seit Herbst 1999 steht das **Jugendcafé Wasserturm** allen Gütersloher Jugendlichen werktags zwischen 7 und 19 Uhr offen. Die Stadt Stiftung hatte den auf den Gütersloher Jugendforen 1997 und 1998 geäußerten Wunsch vieler Jugendlicher nach eigenen Räumen in der Stadt aufgegriffen und den unter Denkmalschutz stehenden Wasserturm zum symbolischen Preis eines Euros von den Stadtwerken gemietet. Mit einer Spende von 427.000 DM aus dem „Wössner-Jugendfonds“ ermöglichte der Kuratoriumsvorsitzende der Stadt Stiftung, Dr. Mark Wössner, den Ausbau zum Jugendcafé. Das von der Arbeitslosenselbsthilfe e.V. (ash) betriebene Café ist zum Treffpunkt der Gütersloher Schülerinnen und Schüler geworden. Das neben dem Cafébetrieb von der Leiterin Bettina Müller angebotene regelmäßige Informationsprogramm zu Berufswahl, zu Liebe und Sexualität sowie zu Drogenfragen trifft das Interesse der Jugendlichen. Die Stadt Stiftung fördert in der Jugendarbeit zudem den **Jugendtreff „Scream“**, den **In-line-Skater-Platz** im Stadtteil Blankenhagen und ein **Theaterprojekt zur Suchtprävention**.

Im Tätigkeitsfeld „Bildung“ hat die Stadt Stiftung das Projekt **„Gütersloher Schulen ans Netz“** initiiert, durch das inzwischen alle weiterführenden Schulen in Gütersloh mit Hard- und Software ausgestattet und untereinander vernetzt wurden. Weitere Bildungsprojekte sind die **„Berufsorientierung für Schüler“** und eine tägliche **Nachmittagsbetreuung für Aussiedlerkinder**.

Das kulturelle Leben Gütersloh bereichert die Stadt Stiftung mit einem „**Singfest der Gütersloher Chöre**“, einem **Fotowettbewerb für Senioren**, einem **ökumenischen Musical-Gottesdienst** sowie der Unterstützung von Kulturveranstaltungen in den verschiedenen Stadtteilen Güterslohs.

Einmal im Jahr treffen sich pflegende Angehörige beim „**Nachmittag für ehrenamtliche Pflegerinnen und Pfleger**“ zu Unterhaltung und Information. Bei „**Musik im Krankenhaus**“ spielen Musiker der Region viermal im Jahr für die Patienten der beiden Gütersloher Krankenhäuser. Der „**Gütersloher Gesundheitskompass**“ informiert von A bis Z über alles, was in Gütersloh zum Thema Gesundheit wichtig ist.

Gremien und aktive Mitarbeit:

Verschiedene Gremien organisieren die Arbeit der Stadt Stiftung Gütersloh. Das **Kuratorium** definiert die Stiftungsziele, erstellt das Jahresbudget und die mittelfristige Planung, beruft den Beirat und die Ausschüsse und kann die Satzung ergänzen. Es besteht aus acht prominenten Bürgern Güterslohs. Der **Beirat** steuert die Projektarbeit der Stadt Stiftung. Hier arbeiten Gütersloher Bürger und Bürgerinnen, die sich in den Strukturen der Stadt gut auskennen und bereits gemeinnützige Aufgaben wahrnehmen. Das 21-köpfige Gremium hat Fachausschüsse für Mittelbeschaffung, Projektarbeit und Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet. Aus einem Kreis in der Stiftung engagierter junger Erwachsener entstand 1998 der **Juniorenbeirat**. Das informelle Gremium hat derzeit sechs Mitglieder und fungiert als Bindeglied zwischen den Generationen. In einem der wichtigsten Tätigkeitsfelder, der Jugendarbeit, ist der Juniorenbeirat kompetenter Berater und entwickelt Ideen und Konzepte. Die **Projektberater** sind nicht Mitglied der Gremien, sind aber in einzelnen Tätigkeitsfeldern Berater und Ideengeber. Zudem gibt es einen kleinen Kreis von **engagierten Bürgern**, die mit den Beiratsmitgliedern aktiv in den einzelnen Projekten und deren Arbeitskreisen mitarbeiten.

Unterstützer:

Die Stadt Stiftung Gütersloh bietet ihren potenziellen Unterstützern verschiedene Möglichkeiten an. Mitglieder des **Freundeskreises** unterstützen die Stadt Stiftung mit Jahresbeiträgen zwischen 100 und 600 DM. Gütersloher Unternehmen und Betriebe übernehmen eine goldene (5.000 DM p.a.), silberne (2.500 DM p.a.) oder bronzene (1.000 DM p.a.) **Patenschaft**. Als einmalige Zuwendung kann eine **Spende** oder eine **Zustiftung** gemacht werden.

Ansprechpartner: Michael Jacobi, Geschäftsführer, Nina Spallek, Projektkoordination

Adresse: Stadt Stiftung Gütersloh, Carl-Bertelsmann-Str. 256, 33311 Gütersloh

Tel.: 0 52 41 / 9 71 30

Fax 0 52 41 / 81 96 68

E-Mail info@stadtstiftung.de

Internet: <http://www.stadtstiftung.de>

4. Bundesweite Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements

Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher e.V., Berlin

Inhaltliche Arbeitsweise:

Grundlage unserer Arbeit ist laut Satzung „die Selbsthilfe von Eltern sowie Angehörigen und Partnern suchtsgefährdeter und suchtkranker Menschen in Elternkreisen“. Damit ist der Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher e.V. (BVEK) der einzige Verband, der die Hilfe für Eltern und Angehörige, die unter Sucht eines Familienmitgliedes leiden, in den Mittelpunkt seiner Bemühungen stellt.

In den Elternkreisen helfen sich Eltern gegenseitig, aus der sozialen Isolation herauszufinden und durch Austausch von Erfahrungen Ratlosigkeit und Angst zu überwinden. Hier finden Angehörige Wärme und Verständnis für alle mit der Abhängigkeitserkrankung entstandenen Probleme in der Familie. Sie lernen, was Sucht bedeutet und dass **sie** die Süchtigen nicht ändern können.

Durch Erkenntnis und Veränderung ihrer eigenen, oft suchterhaltenden Verhaltensweisen können sie jedoch ihre Hilflosigkeit abbauen. Aus der Erfahrung der anderen Eltern erhalten sie ein vielfältiges Angebot für eigenes selbstbewusstes Handeln im Umgang mit den Abhängigen. Damit lernen sie auch, die Bedürfnisse der anderen Familienmitglieder wieder wahrzunehmen und vor allem das eigene Leben wertzuhalten.

Die wiedergewonnene Kraft und Lebensbejahung der Eltern lässt sie zu wichtigen Wegbegleitern für ihre Jugendlichen werden. Ihre Veränderung zeigt eine erstaunliche Rückwirkung auf die Süchtigen und ermutigt diese zur Rückbesinnung auf ihre Eigenverantwortung und zum Herauswachsen aus der Sucht.

Organisation des BVEK:

Der BVEK arbeitet ehrenamtlich, überkonfessionell und parteipolitisch neutral. Sein ehrenamtlicher Vorstand besteht aus aktiven selbstbetroffenen Elternkreismitgliedern und wird von der Mitgliederversammlung gewählt.

Dem BVEK gehören ca. 150 Elternkreise und vier Landesverbände an, die nach diesem Selbsthilfeverständnis arbeiten. Der Bundesverband fördert die Selbsthilfe in den Elternkreisen durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch, durch Über-sendung von Arbeits- und Orientierungshilfen und Infomaterial, durch Organisa-tion von Tagungen und Seminaren für Elternkreisverantwortliche und durch jähr-lich stattfindende Mitgliederversammlungen.

Der BVEK leistet Öffentlichkeitsarbeit durch breite Streuung der vierteljährlich erscheinenden Verbandszeitschrift „EK-INFORMATIONEN“ an alle Elternkreise und Institutionen der Suchthilfe sowie weitere Interessenten. Er macht sich be-kannt durch Vorträge und Teilnahme an Podiumsdiskussionen auf Tagungen und Kongressen, in Funk und Fernsehen und Beiträge in Fachzeitschriften. Er vertritt die Interessen der Elternkreise auf Bundesebene durch Kooperation mit anderen Suchthilfeinstitutionen und den zuständigen Ausschüssen der Bundesministerien.

Entstehungsgeschichte des BVEK:

Ende der 60er Jahre, als der Missbrauch von illegalen Drogen sich in Deutsch-land ausbreitete, suchten zuerst Eltern der meist jugendlichen, oft noch minder-jährigen Suchtkranken verzweifelt nach Hilfe. Professionelle Hilfe war kaum vor-handen oder wies die Eltern als „Mitverursacher“ der Sucht ihrer Kinder meist ab. So schritten die Eltern zur „Selbsthilfe“ und gründeten die ersten Elternkreise in Bonn, Berlin, Stuttgart, Bremen, Kassel, Frankfurt. Bald entstanden Kontakte untereinander, und 1973 schlossen sich 15 Elternkreise zum Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher zusammen. 1985 wurde der BVEK als eingetragener Verein angemeldet und im gleichen Jahr übernahm Frau Marianne von Weizsäcker, die Frau des damaligen Bundespräsi-denten, die Schirmherrschaft über den BVEK e.V. für zehn Jahre. Seit 1995 ist

der Bundesverband Mitglied der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren (DHS). Heute gehören dem BVEK ca. 150 Elternkreise und vier Landesverbände an.

Inzwischen leiten die Elternkreise mit ihrer Angehörigenarbeit einen unverzichtbaren Beitrag innerhalb des Suchthilfesystems. Die Ausgrenzung der Eltern gehört längst der Vergangenheit an. Ebenso beschränken wir unsere Hilfe nicht auf die Eltern von Abhängigen von illegalen Drogen, sondern beziehen Angehörige von Alkohol- und Medikamentenabhängigen in unsere Selbsthilfearbeit ein.

Finanzierung:

Der seit 1985 eingetragene Verein mit anerkannter Gemeinnützigkeit wird finanziert durch Spenden, Bußgelder, Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen nach § 20, Abs. 4 SGB V, Mitgliedsbeiträge und durch eine Zuwendung vom Bundesministerium für Gesundheit zur zweckgebundenen Projektförderung.

Ansprechpartner: Brigitta Reitz, Vorstandsvorsitzende

Adresse: Auf dem Mühlberg 77, 60599 Frankfurt a.M.

Tel./Fax: 069-615880

oder

Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher (BVEK) e.V.

Geschäftsstelle Köthener Straße 38, 10963 Berlin

Tel.: 030-5567020

Fax: 030-5567021

Treffpunkt Hilfsbereitschaft – Die Berliner Freiwilligenagentur

Entstehung und Hintergrund:

Vor bereits über zwölf Jahren wurde Die Hilfsbereitschaft e.V., Trägerverein des Treffpunkt Hilfsbereitschaft, durch etliche innovationsfreudige Berlinerinnen und Berliner gegründet. Aus den damaligen Repräsentativuntersuchungen (Emnid) über die Engagementbereitschaft von Menschen in unserer Gesellschaft ging hervor, dass sie sich gerne engagieren wollten, allerdings nicht unbedingt in den vorgegebenen Bezügen von großen Wohlfahrtsverbänden, sondern lieber selbstbestimmt, mit freier Entscheidung und Überblick zu den möglichen Engagementfeldern. Damit war klar, dass die Bereitschaft zur Hilfe nach wie vor groß war und gleichzeitig eine Modernisierung ihrer zivilgesellschaftlichen Organisation notwendig. Mit den Erfahrungen in volunteer-centres während einer USA- und Kanada-Reise als Konzept, startete der Treffpunkt Hilfsbereitschaft im Sommer 1988 in Berlin als Freiwilligenagentur seine Arbeit.

Leitbild des Treffpunkt Hilfsbereitschaft – einige Auszüge:

Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft versteht sich heute als Bürgerservice und zugleich als Wegbereiter für eine neue Zivilgesellschaft. Allen Interessierten, die in den Treffpunkt Hilfsbereitschaft kommen, wird durch kompetente Beratung die Möglichkeit eröffnet, nach ihren Wünschen und Fähigkeiten eine freiwillige Tätigkeit zu finden. Die Atmosphäre ist geprägt durch das offene und vorurteilsfreie Aufeinanderzugehen.

Durch die Arbeit des Treffpunkt Hilfsbereitschaft wird die Bereitschaft von Menschen unterstützt, im Staat Verantwortung zu übernehmen. Somit wird das mitmenschliche Handeln und die aktive Mitgestaltung seitens engagierter Freiwilliger in die öffentliche Diskussion gebracht. Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft vernetzt gesellschaftliche Akteure, die in Politik, Wirtschaft und dem sogenannten Dritten Sektor soziale Verantwortung übernehmen wollen. Die Basis ist ein gemeinschaftlich entwickeltes Werte- und Qualitätsverständnis. Den Kooperationspart-

nern des Treffpunkt Hilfsbereitschaft wird zur Festigung der gemeinsamen Ziele Fachaustausch, Beratung und Qualifizierung angeboten.

Unser Profil im Überblick:

Folgende Arbeitsfelder kann der Treffpunkt Hilfsbereitschaft mit Stand des Jahres 2000 bilanzieren:

Vernetzung:

Durch die fachlich-kollegiale Zusammenarbeit sowie die Klärung gemeinsamer Standards und Ziele gab der Treffpunkt Hilfsbereitschaft wegweisende Impulse zu Fachnetzwerken auf Bundesebene (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen) und auf Landesebene (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Berlin). Er leitet derzeit speziell zum IJF die Koordinierungsgruppe zum Internationalen Jahr der Freiwilligen in Berlin, an der über 100 Berliner Freiwilligen-Organisationen beteiligt sind.

Wissensvermittlung und Beratung:

Neben der Beratung von Freiwilligen (einzeln und in Kleingruppen) zu ihren Engagementwünschen und -vorstellungen berät der Treffpunkt Hilfsbereitschaft Organisationen (Leitungsebene, Vorstände, Initiator/innen) zur Gründung, Strukturierung und zum Aufbau von Freiwilligenarbeit/-projekten, er steht den Fragen von Freiwilligen-Koordinator/innen in Organisationen zur Verfügung (Coaching und Fachberatung zu Fragen des Freiwilligen-Managements) u.a.m.

Seit 1998 bietet der Treffpunkt Hilfsbereitschaft in Kooperation mit der Akademie für Ehrenamtlichkeit die praxisbezogene und -begleitende Fortbildung Freiwilligen-Management an, die bereits über 70 zertifizierte Absolventen verzeichnen kann. Das Curriculum „Kompass“: Ausbildung für Mitarbeiter/innen von Freiwilligenagenturen wird dieses Jahr im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen gestartet. Mit Vorträgen, Seminaren und Projektpräsentationen ist der Treffpunkt Hilfsbereitschaft in Berlin und auswärtig vertreten.

Aktuelle Schwerpunktthemen sind:

- Mentoring und Mentoren-Programme
- Freiwilliges Engagement als Soziales Kapital
- Corporate Social Responsibility/Soziales Engagement von Unternehmen

Qualitätsentwicklung:

Seit 1994 hat der Treffpunkt Hilfsbereitschaft Qualitätsstandards für Einsatzstellen von Freiwilligen (Träger aller Art) entwickelt und zu einem Qualitätsmanagementsystem ausgebaut.

Öffentlichkeitsarbeit und Werbung:

Ganz aktiv wirbt der Treffpunkt Hilfsbereitschaft in den Tageszeitungen, Kultur- und Wochenendblättern und bietet sich als Bürgerservice für alle Interessierten an.

Ansprechpartner: Carola Schaaf-Derichs

Adresse: Treffpunkt Hilfsbereitschaft, Torstr. 231, 10115 Berlin,

Tel.: 030/20450636

Fax: 030/20450569

Email: freiwilligenagentur@snafu.de

Internet: www.snafu.de/~freiwilligenagentur

Die Autoren

Dr. Michael Schmitz

Geb. 1957, Philologe

Leiter des Teams „Staat und Gesellschaft“ der Hauptabteilung Innenpolitik
und Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung

Leiter des Projekts „Aktive Bürger fördern“ zum *Internationalen Jahr der
Freiwilligen*

Die Texte liegen in der Verantwortung der vorgestellten Initiativen.